



DER PRÄSIDENT IM GESPRÄCH MIT...

Dr. Marcel Huber, Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, MdL

BJV-Präsident Prof. Jürgen Vocke war zum Antrittsbesuch bei Marcel Huber, dem neuen Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, geladen. Aus der Geschäftsstelle begleiteten ihn Hauptgeschäftsführer Dr. Joachim Reddemann und Eric Imm, Geschäftsführer der Wildland-Stiftung Bayern. Aus dem Ministerium mit dabei waren unter anderem die Abteilungsleiter für Naturschutz, Christina Kreitmayer, und für Verbraucherschutz und Veterinärwesen, Christof Deckart. Ein Zeichen, so betonte Staatsminister Huber, dass sein

Haus den Dialog mit der Jägerschaft sehr ernst nähme und für sehr wichtig halte. Präsident Vocke hatte viele Themen im Gepäck, die den Jägern derzeit unter den Nägeln brennen, angefangen von der Akkreditierung der Trichinenuntersuchungsstellen über die Sanierung der Schießstätten und den Einsatz bleifreier Munition auf der Jagd bis zum Fuchsbandwurm und der Einrichtung von Schwarzwildübungsgegnern. Minister Huber war bei allen Themen sehr bemüht, dem BJV entgegenzukommen und unterstützte viele Vorschläge



mit wertvollen Argumentationshilfen. Angesprochen wurden natürlich auch viele Naturschutzthemen, wie etwa Managementpläne für Großraubwild oder die prä-

käre Situation des Niederwildes. In diesen Bereichen, das wurde im Laufe des Gespräches schnell klar, ziehen Ministerium und BJV an einem Strang. E. Imm

NABU fordert Neuorientierung der Jagd – BJV sagt Nein!



Neu ist sie nicht, die Resolution zur Neuorientierung der Jagd, aber trotzdem verkauft sie der Naturschutzbund Deutschland (NABU) jetzt wieder einmal ganz aktuell. Die Jagd in ihrer heutigen Form sei nicht mehr zeitgemäß, heißt es in der Einleitung. Deshalb müssten das Bundesjagdgesetz und die Landesjagdgesetze dringend geändert werden. Nach den Vorstellungen der Naturschutzorganisation begründet sich die Legitimation der Jagd ausschließlich aus der nachhaltigen Nutzung wildlebender ungefährdeter Tierbestände für die

sinnvolle Verwertung durch den Menschen. Der NABU versteht darunter ein Nutzungsgebot. Die Ausrichtung der Jagd an leicht erlegbaren Wildtierbeständen und an Trophäenwünschen müsse der Vergangenheit angehören. Was genau ein "leicht erlegbarer Tierbestand" ist, wird allerdings nicht erläutert. Der NABU fordert weiterhin, dass Maßnahmen des Wildtiermanagements nicht zu den Inhalten der Jagd sondern allein dem Natur- und Artenschutzrecht zuzuordnen seien. Ob dazu auch das Schwarzwildmanagement oder das Rotwildmanagement zählen, wird nicht verraten. Der Einsatz von Blei und anderen umweltgefähr-

denden Stoffen bei der Jagd soll – so der NABU – verboten werden, genau wie die Jagd in Nationalpark und Biosphärenreservat. Grundbesitzer mit weniger als 75 Hektar, auch das sind Forderungen der vermeintlichen Naturschützer, sollen grundsätzlich die Jagd auf ihren Flächen einschränken oder sogar verbieten dürfen. Der NABU fordert ein generelles Verbot der Ausbringung jeglicher Futtermittel im Rahmen der Jagdausübung, ein grundsätzliches Verbot der Fallenjagd und der Jagdhundeausbildung an lebenden Tieren. Außerdem soll die Jagd generell zwischen dem 1. Februar und dem 31. August ruhen.

BJV-Präsident Prof. Jürgen Vocke und das gesamte BJV-Präsidium haben in unermüdlichen Gesprächen und Verhandlungen erreicht, dass solche haarsträubenden und tierschutzwidrigen Überlegungen in Bayern keine Chance haben. Beim Blick auf andere Bundesländer zeige sich aber, betont der bayerische Jagdpräsident, dass man sich darauf nicht ausruhen dürfe und ständig den Konsens mit der Politik suchen müsse. Der Präsident warnt aber auch, dass jeder Ruf nach einer Gesetzesänderung vielen Verbänden die Tür öffne, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.



In Bremen hat die SPD vor kurzem wieder einmal die Einführung einer Waffensteuer gefordert. Nach den Vorstellungen der Partei sollen die Besitzer

für jede Schusswaffe 300 Euro pro Jahr bezahlen. Damit wollen die Politiker das Haushaltsloch stopfen und den Waffenbesitz in den Haushalten senken. Auch in anderen SPD-regierten Bundesländern mehren sich

die Vorstöße in Sachen Waffensteuer. Für die bayerische Jägerschaft besteht nach Ansicht des BJV-Rechtausschusses nach der derzeitigen Gesetzeslage kein Grund zur Sorge, da in Bayern die „Jagdsteuer“ als Bagatell-

steuer abgeschafft wurde. Eine Waffensteuer für Jäger aber wäre aus rechtlicher Sicht, so der BJV-Rechtausschuss, wie eine Jagdsteuer zu betrachten. Das heißt, in Bayern ist vorerst keine Jagdsteuer zu befürchten.



Ökologischer Feldzug gegen Reh und Co.



Zu einem Wald-Wild Forum lädt die „Arbeitsgruppe zum Thema Wald und Wild“ im Februar nach Göttingen. Dort soll gemeinsam zur Hatz aufs Wild geblasen werden. Ganz vorne mit dabei sind der Deutsche Forstwirtschaftsrat, der NABU und der BUND, die Georg-August-Universität Göttingen, die TU-München und die TU Dresden, die Arbeits-

gemeinschaft naturgemäße Waldwirtschaft (ANW), der Ökologische Jagdverband, die Deutschen Versicherer und die Arbeitsgemeinschaft der Rohholzverbraucher. „Die Einkommensverluste, die durch überhöhte Wildbestände im Wald, in der Landwirtschaft und durch Verkehrsunfälle entstehen, sind aus betriebs- und volkswirtschaftlicher Sicht nicht länger tragbar, heißt es in der Einladung. Deshalb müsste endlich ein Weg zu einer

Balance zwischen angepassten Wilddichten und einem naturnahen stabilen Wald gefunden, beschlossen und umgesetzt werden. Die Veranstalter, die sonst immer gerne ihr ökologisches Gewissen bemühen, begründen ihren Feldzug gegen das Wild mit dem Handlungsauftrag des Waldbesitzers. BJV-Präsident Prof. Jürgen Vocke verurteilt diese einseitige Sichtweise aufs Schärfste, denn seiner Meinung nach dürfen beim Geld die

Liebe zur Natur und die Verantwortung für die Natur nicht aufhören. Deshalb versucht der BJV in der Wald-Wild-Frage für alle tragbare Lösungen zu erarbeiten, die letztlich dem Wald und dem Wild nutzen und vom Waldbauern und vom Jäger gemeinsam getragen werden. Eine Allianz gegen die Jagd – da ist das Präsidium des BJV überzeugt – wird die Verbisssituation in unseren Wäldern nicht verbessern, sondern verschlechtern.

BJV warnt: Hände weg vom Waffenrecht!



Unmittelbar nach der schrecklichen Tat in Dachau, bei der ein junger Staatsanwalt im Gerichtssaal erschossen wurde, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch einmal Ihre Forderung nach einem schärferen Waffenrecht deutlich gemacht. „Das ist nichts weiter als Schaumschlägerei“, erklärt dazu der bayेरische Bundestagsabgeordnete und FDP-Rechtsexperte Stephan Thomae. Denn die Tat wurde mit einer illegal beschafften Waffe verübt. Menschen, die sich illegal eine Waffe verschafften, so Thomae, hielten sich gerade nicht an die Waffengesetze. Sie werde man mit schärferen Gesetzen nicht abschrecken können. Dagegen aber

würde eine Verschärfung des Waffenrechts die Sportschützen und Jäger treffen. Die aber müssten jetzt schon extrem strenge gesetzliche Auflagen erfüllen. Das BJV-Präsidium hat sich deutlich gegen eine Verschärfung des Waffenrechts ausgesprochen. „Natürlich sehen wir die schrecklichen Einzeltaten und können die Ängste der Bürger verstehen“, erklärt BJV-Präsident Prof. Jürgen Vocke. „Doch eine Verschärfung des Waffenrechts hilft nicht weiter, wenn sich die Täter nicht an Gesetze halten.“ Der BJV setzt deshalb immer wieder auf Gespräche mit den Bundestagsabgeordneten, um noch einmal klar zu machen, dass die Jäger verantwortungsbewusst mit ihren Waffen umgehen.



Mehr Transparenz beim Forstlichen Gutachten

Staatsminister Helmut Brunner hat es jetzt noch einmal schwarz auf weiß in einem Brief an BJV-Präsident Prof. Jürgen Vocke bestätigt: „Bei den ergänzenden Revierweisen Aussagen gelten bezüglich der Beteiligung und der Transparenz die gleichen Regeln wie beim Hegegemeinschaftsgutachten. Die Beteiligten haben also umfangreiche Möglich-

keiten, sich in das Verfahren des Forstlichen Gutachtens einzubringen.“ BJV-Präsident Prof. Jürgen Vocke hat jetzt darauf gedrängt, dass diese Aussagen auch in die Verwaltungsvorschriften aufgenommen werden. Denn erst dann können die Jäger sicher sein, dass der ausdrückliche Wille zu mehr Transparenz auch auf der unteren Verwaltungsebene angekommen ist.



Hohe Auszeichnung für Dr. Wolfgang Burhenne

Dr. Wolfgang Burhenne, Mitbegründer der Schutzgemeinschaft Deutsches Wild, Mitglied im Internationalen Rat zur Erhaltung des Wildes und der Jagd (CIC) und langjähriger, hoch geschätzter Berater des BJV-Präsidiums ist mit dem Deutschen Alpenpreis der Internationalen Alpenschutzkonvention

(CIPRA) ausgezeichnet worden. Wolfgang Burhenne war Mitbegründer und erster ehrenamtlicher Generalsekretär der Alpenschutzkonvention. Er wurde für sein Lebenswerk geehrt, das er in den Dienst des weltweiten Natur- und Umweltschutzes gestellt hat. Er hat an unzähligen internationalen

Verträgen zum Schutz der Flora und Fauna mitgewirkt, so beim Washingtoner Artenschutzabkommen (CITES) oder an der Konvention für die Biologische Vielfalt. Laudator Dr. Michael Müller, ehemaliger Staatssekretär im Bundesumweltministerium, hob Burhennes Leistungen im Naturschutz hervor.



Foto: V. Klimke